

# Ressourcenkonflikte als globales Sicherheitsrisiko?

*Andreas Denninghoff*

## 1. Einleitung

Die zunehmende Knappheit von natürlichen Ressourcen, der exklusive Zugang zu Metallen für Zukunftstechnologien und die Nachfrage nach Nahrungsmitteln bergen nicht nur in Zukunft ein enormes Konfliktrisiko – sie tun es schon heute. In den vergangenen zehn Jahren haben sich Konflikte um Rohstoffe vom vierten auf den zweiten Platz in der Relevanz der Konfliktgegenstände vorgeschoben (Richter 2012). Das Heidelberger Institut für Konfliktforschung (HIIK 2014, S. 19) identifizierte für das Jahr 2013 insgesamt 414 Konflikte. Von diesen waren 148 ideologisch oder systemisch bedingt, haben und hatten also zum Ziel das vorherrschende politische und/oder ökonomische System zu ändern oder einen ideologischen Wandel herbeizuführen (theokratische Bestrebungen, religiöse Differenzen, Demokratiebewegungen in Autokratien). In 94 weiteren Konflikten ging es darum, die Staatsgewalt an sich zu reißen. An dritter Stelle folgen zehn Konflikte aufgrund von Autonomie- und Sezessionsbewegungen. 90 Fälle wurden identifiziert, in denen es um den Zugang und die Kontrolle über Ressourcen als Konfliktursache ging. Die Grenze zwischen diesen unterschiedlichen Konfliktursachen ist allerdings nicht trennscharf und so sind hybride Formen oder Kombinationen nicht ungewöhnlich. Bei Konflikten mit Hauptursache ‚Ressourcen‘ führt die Sub-Sahara Region die Tabelle im globalen Vergleich mit 31 Konflikten an. Nord- und Südamerika folgen auf dem zweiten Platz mit 26 Konflikten. In Asien und Ozeanien wurden insgesamt 22 Konflikte und im Nahen Osten und Maghreb sieben Konflikten identifiziert. An letzter Stelle liegt Europa mit ‚nur‘ vier Konflikten (HIIK 2014).

Laut Angaben der UN haben über 40 % aller innerstaatlichen Konflikte eine direkte oder indirekte Verbindungen zu Ressourcen. Bürgerkriege wie die in Liberia, Angola oder der Demokratischen Republik Kongo wurden um hochwertige Rohstoffe wie Diamanten, Gold oder Öl geführt. Andere Konflikte wie die in Darfur oder im Nahen Osten wurden über die Kontrolle über knappe Ressourcen wie fruchtbares Land und Wasser geführt (UNEP 2009, S. 5).

## 2. Ressourcen und ihr Konfliktpotential

Unter ‚Ressourcen‘ werden Stoffe und Elemente verstanden, welche von der Natur bereitgestellt und in wirtschaftlichen Prozessen weiterverarbeitet werden oder der Nahrungsmittelsicherung dienen. Hier ist eine grundlegende Differenzierung notwendig (Mildner 2010). Unterscheiden muss man:

- *Nicht-erneuerbare und erschöpfbare Ressourcen:* Hierbei handelt es sich um Rohstoffe, die sich in geologischen Zeiträumen erneuern wie beispielweise fossile Brennstoffe (Braunkohle, Steinkohle, Erdgas oder Erdöl), Gesteine, Sedimente oder Salze. Der Zeitraum ihrer Erneuerung umfasst mehrere Generationen.
- *Recyclebare, nicht-erneuerbare und erschöpfbare Ressourcen:* Hierunter sind solche Rohstoffe zu verstehen, die unter chemischen und physikalischen Prozessen wieder verwendbar gemacht werden können. Sie werden durch ihre Nutzung, im Gegensatz zu o. g. Ressourcen, nicht zerstört.
- *Erneuerbare Ressourcen:* Diese sind reproduzierbar und ihr Wachstum wird von der eigenen Nachwuchs- und Reproduktionsfähigkeit sowie von den Bedingungen der Umwelt bestimmt. Man kann hier zwischen Ressourcen unterscheiden, deren Vorkommen reduziert sind (Biokraftstoffe, Böden, Wälder) und deren Vorkommen nicht gemindert werden (Sonnenenergie, Wind, Geothermie).

Wann werden solche Ressourcen zum Gegenstand von Konflikten? Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung definiert einen politischen Konflikt als eine „positional difference, regarding values relevant to a society - the conflict items - between at least two decisive and directly involved actors, which is being carried out using observable and interrelated conflict measures that lie outside established regulatory procedures and threaten core state functions, the international order or hold out the prospect to do so” (HIIK 2014, S. 7). Im Weiteren werden die Intensität und Dynamik von Konflikten unterschieden und dabei fünf Stufen festgelegt: *Disput*, *gewaltlose Krise*, *gewaltsame Krise*, *begrenzter Krieg* und *Krieg*. Die Intensitätsstufen unterscheiden sich nach dem Grad der angewandten physischen Gewalt. Maßgebliches Kriterium zur Festlegung des Gewaltgrades sind die dabei eingesetzten Mittel (Waffen und Personaleinsatz) und die daraus resultierenden Folgen (Todesopfer, Zerstörung und Flüchtlinge) (HIIK 2014). Wichtig für das Verstehen von und die Annäherung an Ressourcenkonflikte ist die Frage, ob und wann die steigende Knappheit von Ressourcen, ihre Allokation und ihre Verteilung bzw. auch die Gewinne aus ihrem Verkauf zu einem offenen Konflikt führen.

Denn es ist nicht immer die absolute Knappheit, gemessen an am physischen Vorkommen einer Ressource, die Ursache für Konflikte sein muss (Mildner 2010, S. 8). Ungleiche Verteilung und ein ungleicher Zugang bergen viel häufiger ein größeres Konfliktpotential. Ferner ist bei vielen Rohstoffen sowohl die geographische, als auch die unternehmerische Konzentration hoch. Da sich viele Lagerstätten häufig in politisch instabilen Staaten befinden, vergrößert sich das Konfliktpotential zusätzlich. Vor allem in solchen konfliktanfälligen Regionen spielt zudem die Wahrnehmung der beteiligten Akteure eine wichtige Rolle. Eine aufgeheizte Rhetorik und eine subjektiv falsch wahrgenommene mediale und politische Darstellung können die Bedrohungsperzeption verstärken. Berücksichtigt werden muss auch das internationale System. Staaten sind in unterschiedlichem Maße verwundbar gegenüber Versorgungsengpässen und Preisschwankungen. Der Grad der Vulnerabilität ergibt sich sowohl aus der jeweiligen Export- bzw. Importabhängigkeit (bspw. im Vergleich zum BIP), als auch aus der konkreten Bedarfssituation. Während Interdependenzen zwischen Staaten Anreize zur Kooperation bieten, können sich Dependenzkonflikte verschärfend auswirken.

Die Entwicklung einer Konkurrenz zu einem latenten oder manifesten Konflikt hängt schließlich auch von den Problemlösungskapazitäten und Mechanismen (Einbindung in ein regionales Bündnis, regelmäßige Regierungskonsultationen) und dem tatsächlichen Willen

(ideologische oder religiöse Differenzen, problematische gemeinsame Geschichte) der involvierten Akteure ab.

### 3. Ressourcenkonflikte versus Konfliktressourcen

Es liegt auf der Hand, dass sich die verschiedenen Konflikte hinsichtlich Intensität, Dauer, dem Grad ihre Manifestation und dem Einsatz von Gewalt unterscheiden. Darüber hinaus muss aber auch die Rolle der Ressourcen in einem konkreten Konflikt differenziert werden. Entscheidend ist hierbei eine Differenzierung zwischen Konflikten, die unmittelbar über den notwendigen Zugang zu Ressourcen und ihre Nutzung bei knappen Vorkommen geführt werden oder Konflikte, in denen Ressourcen ein Mittel für einen übergeordneten politischen Zweck darstellen.

Ressourcenkonflikte resultieren aus den Prozessen von Rohstoffallokationen. Diese Allokation findet aber, wie anzunehmen, nicht kooperativ sondern konfliktual zwischen den an der Ressourcenallokation beteiligten Akteuren statt. Als Beispiel lässt sich hier die Nutzung des Jordanwassers durch Israel, Syrien, Jordanien und der Palästinensergebiete anführen. Ursache des Konfliktes ist das Versagen von Mechanismen, die der Regulierung der Allokation von knappen Ressourcen dienen und der Wille der Akteure, diese Konkurrenzsituation für sich zu entscheiden (Mildner 2010).

Konfliktressourcen lassen sich im Gegensatz nicht durch ihre Knappheit, sondern durch ihr erhöhtes Vorkommen und ihren ökonomischen Nutzen charakterisieren. Hier geht es nicht um den konkreten Zugang, sondern um einen übergeordneten Zweck, der vor allem mit den Rohstofflösen erreicht werden soll. Der eigentliche Konflikt ist vielmehr in der Durchsetzung von Herrschaftsansprüchen, als im Zugang zu knappen Ressourcen, begründet. Der ökonomische Gewinn aus dem Verkauf der Ressourcen dient der Finanzierung eines übergeordneten Zweckes, etwa Sezessions- oder Autonomiebestrebungen. (Mildner 2010).

Beide Typen sind allerdings nicht trennscharf. So ging es beispielsweise Island in den „Kabeljau-Kriegen“ um den Zugang zu knapper werdenden Fischbeständen, während Großbritannien die Ausweitung der Seegrenzen durch Island nicht akzeptierte und seinerseits Herrschaftsansprüche in dem Gebiet durchsetzen wollten. Für Island hatte der Zugang zu den Fischgründen allerdings auch einen ökonomischen Vorteil, da der verarbeitete Fisch als Produkt weiterverkauft wurde.

Die Klassifikation von Konflikten als Ressourcenkonflikt ist dann zutreffend, wenn vorrangig die Kontrolle über Rohstoffe und ihren Zugang eine Partei zur Durchsetzung (rhetorisch, ökonomisch, militärisch) der eigenen Ansprüche veranlasst. Auf dieser Grundlage lassen sich modellhaft fünf Konfliktformationen unterscheiden (Basedau 2009), die sich im Wesentlichen am Status der Länder als Ressourcenimporteure oder -exporteure orientieren:

- (1) *Internationale Konflikte zwischen rivalisierenden Importeuren* von Ressourcen um den Zugang zu Rohstoffen. Beispielsweise illustriert durch das wachsende Interesse der VR China und der USA an wichtigen strategischen Rohstoffen wie Öl.
- (2) *Internationale Konflikte zwischen Exporteuren und Importeuren* unter dem vorrangigen Motiv der Rohstoffsicherung, der Verfügung über strategische Rohstoffe und der Nutzung daraus fließender Erlöse. Russlands wiedererstarktes Selbstbewusstsein, Venezuelas Petrodiplomatie und die iranische Resistenz gegen äußeren Druck sind von deren Status als Energiegroßmächte nicht trennbar.

- (3) *Internationale Konflikte zwischen Exporteuren von Rohstoffen.* Diese können sich manifestieren, wenn es um die Kontrolle von in Grenzgebieten liegenden Rohstoffvorkommen geht bzw. wenn Rohstoffe von Nachbarstaaten als Beute angesehen werden. Im Schatten der iranischen Revolution im Jahr 1980 versuchte beispielsweise Saddam Hussein dem Irak die ölreiche iranische Provinz Khuzestan einzuverleiben.
- (4) *Interne Konflikte in Exportländern.* Hier lassen sich zahlreiche Beispiele mit beträchtlichem Gewaltniveau finden. In Angola, der DR Kongo, Indonesien, Kolumbien, Nigeria, Sierra Leone und im Sudan geht oder ging es um die Kontrolle der Ressourcen, wobei die Rohstoffertlöse wesentlich zur Verlängerung der Konflikte beitragen oder beitrugen.
- (5) *Konflikte mit Ressourcentransitländern.* Diese können sowohl die Export- als auch Importländer sein, welche an wichtigen Lieferwegen für begehrte Rohstoffe liegen (Anrainer von Tankerrouten oder Pipeline-Länder). Die betroffenen Staaten können sowohl mit Export- als auch Importländern in Konflikt geraten. Ihre strategische Lage kann Begehrlichkeiten wecken und zu Interventionen führen wie auch offensiv genutzt werden. Der Gasstreit zwischen der Ukraine und Russland Anfang 2009 ist ein klassisches Beispiel für diese Art von Konflikten, genauso wie die Androhung des iranischen Regimes die Straße von Hormus zu sperren.

In allen Konflikttypen können substaatliche Gruppen und transnationale Konzerne beteiligt sein, die in dieser Illustration nicht berücksichtigt wurden. Die tatsächlich auftretenden oder erodierenden Konflikte stellen i. d. R. Mischformen dar: Häufigster Fall sind bisher interne Konflikte mit internationaler Komponente. Paradigmatisches Beispiel ist der Bürgerkrieg in der DR Kongo, in den sieben Anrainerstaaten (u. a. Angola, Ruanda und Uganda) eingriffen.

Die skizzierten Konfliktformationen sollten verdeutlicht haben, dass es primär der Kampf um die Kontrolle der Ressourcen und ihrer erwarteten Erlöse ist, der gewaltsame Konflikte entstehen und erodieren lässt. Auch hier sind mehrere Varianten möglich (Basedau 2009):

- Gesellschaftliche Akteure kämpfen um die Macht des Zentralstaates. Mit der Erlangung dieser ist der Zugriff und die Kontrolle auf Ressourcen(ertlöse) verbunden (»greed«). Als Beispiele gelten etwa Angola oder Sierra Leone.
- Auswärtige Akteure sind zur militärischen Sicherung der Ressourcen im betreffenden Staat bereit (»greedy outsiders«). Sie können allerdings Konflikte verschärfen, ohne involvierte Konfliktparteien zu sein. Die rivalisierende Unterstützung von Kriegsparteien durch Frankreich und die USA in Kongo-Brazzaville führte im Jahr 1997 bspw. zu einer Verschärfung des Konflikts.
- Ressourcenreiche Regionen mit Waffengewalt streben Autonomie oder Sezession an, weil sie ihre Ressourcenerlöse nicht mit dem Zentralstaat teilen wollen und/oder unter den ökologischen und sozioökonomischen Folgen leiden müssen, welche durch die Förderung und Produktion verursacht werden. Beispiele sind die Unabhängigkeit des Süd-Sudans und die Konflikte in Indonesien (Aceh), Angola (Cabinda) oder Nigeria (Biafra/Niger-Delta).

Allerdings ist davon auszugehen, dass bei zunehmender Verknappung bei gleichzeitiger Identifikation neuer Vorkommen die internationale Dimension eine stärkere Rolle spielen wird – hier sei auf die Senkaku-Inseln im Ostchinesischen Meer (chinesisch-taiwanesisch-

japanisches Grenzgebiet) und die Rohstoffvorkommen in der Arktis verwiesen. Die bisher beschriebenen Klassifikationen von Konflikten in Verbindung mit Ressourcen lassen sich grob in zwei Gruppen einteilen. Denn es sind nicht nur die armen Entwicklungs- und Schwellenländer des Südens, sondern zunehmend auch die reichen Industriestaaten des Nordens, die in Auseinandersetzungen über Ressourcen verwickelt werden.

#### 4. Der Ressourcenfluch der Entwicklungs- und Schwellenländer

Konfliktwahrscheinlichkeiten können auch von indirekten Effekten von Ressourcenreichtum oder -abhängigkeit erhöht werden. Diese Effekte ergeben sich vor allem aus wirtschaftlichen und institutionellen Strukturen, die unter den Bezeichnungen »Ressourcenfluch« oder dem »Rentierstaat« bekannt geworden sind (Basedau 2009). Letztere weisen i. d. R. korrupte Eliten und instabile politische Institutionen auf. In Kombination mit wirtschaftlichen Faktoren wie sinkenden Staatseinnahmen, beispielsweise durch sinkende Exporteinnahmen, werden Handlungsmöglichkeiten dieser Staaten stark eingegrenzt. In der Konsequenz führt dies bei Regimen zu einem Konkurrenzkampf um die verbleibenden Renten. Derartige Staaten sind sehr verwundbar gegenüber Schwankungen der Weltmarktpreise und ebenso anfällig für die Entstehung von bewaffneten Konflikten zur Erlangung der Staatskontrolle und damit der Kontrolle über die Erträge der Rohstoffexporte.

Vor allem im afrikanischen Kontext beruht die Debatte über solche ‚schwachen Staaten‘ auf einem Faktorenkomplex (Oßenbrügge 2009), welcher die scheinbar paradoxe Wirkung eines natürlichen Ressourcenreichtums betont. Die These besagt, dass ressourcenreiche (Entwicklungs-)Länder wegen ihres Reichtums an nachgefragten natürlichen Ressourcen arm und undemokratisch bleiben. Aufgrund des einfachen Zugangs zu Renten fehlen den politischen Eliten die Anreize die staatliche Kapazitäten und Strukturen (z. B. Steuersysteme) auszubauen. Die Dominanz einer Ressource bedeutet auch die einseitige Einbindung der Ökonomie in die Weltwirtschaft und von Kontakten in die Außenwelt (sparse networks). Die Bevölkerung eines faktisch reichen Landes profitiert nicht vom Ressourcenreichtum, vor allem da die staatlichen Strukturen für die hohen Erträge nicht aufnahmefähig sind. Neben diesem (makro-)ökonomischen Paradoxon, gibt es auch noch den politischen Ressourcenfluch. Diese Differenzierung geht davon aus, dass die hohen Rohstoffexporteinnahmen die Regierungen weitestgehend von der Bevölkerung finanziell unabhängig und damit weniger rechenschaftspflichtig machen (Roll 2012). Die ökonomische Unterentwicklung besteht häufig weiter fort, da auch steigenden Einnahmen aus Exporten, den Rohstoffrenten, den Wechselkurs der Währung und auch das Lohnniveau ansteigen lassen. In der Konsequenz steigen Preise für Landwirtschaftsgüter und Industrieprodukte, wodurch diese drastisch an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Die Folgen sind steigende Arbeitslosenzahlen und die sogenannte ‚dutch disease‘, also das Schrumpfen der landwirtschaftlichen und industriellen Basis. Zudem sind solche Länder in besonderem Maße den stark schwankenden Rohstoffpreisen und Wechselkursschwankungen ausgesetzt (Basedau 2003, S. 45).

Die Probleme der Entwicklungsländer werden sich in den kommenden Jahren eher verschärfen als lösen lassen. Die globale Nachfrage nach Rohstoffen wie Erdöl, Gas und Metallen wird dazu führen, dass die Preise weiter steigen. Zugleich sinken die Reserven in den klassischen Öl- und Rohstoffförderländern. Internationale Rohstoffunternehmen investieren in Staaten mit bisher unberührten Vorkommen. Dies sind Länder in Afrika, aber auch Asien und Lateinamerika. Zu Afrikas etablierten Förderern (von Öl) wie Nigeria, Libyen, Angola, Algerien, Ägypten und Nord- und Südsudan, gesellen sich die Republik Kongo, Äquatorial-

guinea, Gabun, der Tschad und Ghana. In Kenia wurden größere Ölvorkommen entdeckt und vor der Küste Tansanias und Mosambiks enorme Gasfelder. Zu den Ländern mit bekannten Gold- und Diamantenvorkommen sowie Edel- und Industriemetallen wie Südafrika, Botswana, Namibia, Ghana, Sambia, Simbabwe und der Demokratischen Republik Kongo, sind mit Guinea und Mosambik ebenfalls neue Länder hinzugekommen. Mit dem Einstieg dieser Staaten in den Rohstoffexport verschärft sich die Gefahr, der Etablierung von dortiger Armut und autokratischer Regime. Denn der »politische Ressourcenfluch« ist nicht so leicht zu bewältigen wie die makroökonomischen Herausforderungen. Die ansteigenden Rohstoffeinnahmen verstärken die Unabhängigkeit eines Regimes von der demokratischen Kontrolle der Bevölkerung, da demokratische Wahlen in den Rentenstaaten häufig keinen demokratischen Standards entsprechen. Die Regime bereits autokratisch regierter Länder werden durch die Mehreinnahmen stabilisiert und gestärkt. Finanzielle Unabhängigkeit vergrößert den Spielraum, nationalem wie auch internationalem Druck standzuhalten (Roll 2012). Gute Beispiele hierfür sind die Golfstaaten ebenso wie Äquatorialguinea oder Libyen während der 40-jährigen Gaddafi-Herrschaft.

## 5. Rohstoffverknappung als Konfliktursache: Ein Problem des Nordens?

Erdöl ist unverzichtbarer Bestandteil moderner Industriegesellschaften. Industrie und Arbeitsplätze basieren auf der Nutzung oder Verarbeitung von Rohöl; Verkehr und Mobilität sind genauso auf raffinierte Ölprodukte angewiesen wie Plastik, Medikamente, Dünger, Baustoffe, Farben oder Textilien. Die Verteilung von Ressourcen wie Öl ist daher von entscheidender Bedeutung für die Staaten des Nordens. Steigender Verbrauch von Öl und Gas in Kombination mit sinkenden Förderquoten wird die Importabhängigkeit der Industriestaaten von fossilen Energieträgern aus politisch instabileren Regionen verschärfen. Denn Vorkommen gibt es, gemessen an der gesamten Erdoberfläche, nur an wenigen Stellen. Zur geographischen kommt aber zunehmend eine geologische Knappheit hinzu. Die jährliche Förderung überschreitet die Menge der Neufunde bei Weitem; für jedes neu entdeckte Barrel Rohöl werden etwa vier Barrel entnommen. Bis zum Jahre 2015 wird die Öl-Förderung ihren Zenit (Peak Oil) überschritten haben, danach wird die Zeit des leichten und billigen Zugangs ausklingen. Zukünftige Entwicklungen werden wesentlich durch die Verknappung und der daraus resultierenden Verlagerung der Produktionsorte bestimmt (Sachs 2010). In der Konsequenz werden diese neuen geopolitischen Ausgangslagen die Konfliktszenarien bestimmen. Die Staaten und Regionen der »strategischen Ellipse« (Heidbrink 2009), vom Persischen Golf über das Kaspische Meer bis Nordwestsibirien, werden für die globale Energieversorgung (Öl und Gas) zunehmend eine prägende Rolle spielen. Im Jahr 2020 werden rund 50 % der Öl- und Gasproduktion von den Staaten geleistet, die derzeit als Risikozonen gelten. Die Bedrohung für die Versorgungssicherheit liegt, was Öl angeht, in der massiven Konzentration der Weltreserven im Persischen Golf, dessen Stabilität nicht erst seit dem 11. September 2001 angezweifelt wird. Anders stellt sich das Bedrohungsszenario bei Gas dar. Aufgrund der starrereren Transportstrukturen gibt es hier eine massive wechselseitige Abhängigkeit, die vor allem zwischen Europa und Russland auszumachen ist. Das Abhängigkeitsverhältnis kann durch asymmetrische Angebots- und Nachfrageentwicklungen zu Streitigkeiten und Konflikten führen (Müller 2003, S. 4).

Die zunehmende Verknappung wird zu einer verstärkten Einmischung externer Staaten zur Sicherung ihrer Interessen und Ressourcen in den entsprechenden Regionen führen. Andererseits ist von den fördernden Öl- und Gasstaaten eine (sicherheits-)politische Instru-



mentalisierung ihrer Position zu erwarten. In der Konsequenz wird die Wahrscheinlichkeit militärischer Aufrüstung erhöht. Die Ressourcensicherung durch die Erschließung umstrittener und neuer Förderquellen wird zunehmend von strategischer Bedeutung, denn Bestrebungen militärischer Fähigkeiten für einen Schutz der eigenen Ansprüche sind schon heute zu beobachten – auch lassen sich die Arktis (Russlands Ausbau der Seestreitkräfte) oder die Senkaku-Inseln (Verlegung des chinesischen Flugzeugträgers Liaoning und Stapellauf des japanischen Helikopter-Trägers Izumo) als Beispiele anführen.

## **6. Einfluss von Ressourcenkonflikten auf das Internationale System und nationale Gesellschaften**

Da der Eintritt des Peak Oil absehbar ist, werden auch eine globale Transformationsphase und geopolitische Machtverlagerungen zunehmend wahrscheinlicher. Bedingt durch eine nachhaltige Knappheit von wichtigen Rohstoffen werden sich Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen verändern, impliziert mit sicherheitspolitische Friktionen (Souchon 2012, S. 97). Aufgrund von Interdependenzen komplexer Wirtschaftssysteme werden auch und gerade die Industrieländer betroffen sein.

Die armen Staaten werden nicht nur benachteiligt, weil sie bei der Konkurrenz um fossile Ressourcen nicht konkurrieren können. Sie werden auch von den Schadensauswirkungen der Verbrennung von Öl betroffen sein (Sachs 2010). Die Länder des Südens und gerade die Armen in diesen Ländern werden den destabilisierenden Folgen der Erderwärmung stärker unterworfen sein als die Industriestaaten und die Stadtbevölkerungen. Denn bei der Erwärmung der Erdatmosphäre, werden sich in der Konsequenz auch Ökosysteme verändern oder instabil werden, wovon dann auch die Lebensräume von Menschen betroffen sind. Ein steigender Meeresspiegel wird Küstenstriche beispielsweise in Nigeria, Ägypten, Bangladesch oder Vietnam schwer oder nicht mehr bewohnbar machen und die Entstehung neuer Wüsten wird in der Folge zu Migrationen ins Inland und über Grenzen hinweg führen.

In diesen Regionen ermöglicht der Ressourcenhandel weiterhin die Aufstellung und Finanzierung von Militärkräften bzw. Rebellengruppen, so dass gewaltsame Konflikte als Folge des ‚Ressourcenreichtums‘ verbleibender Vorkommen eher erodieren und länger anhalten. Die Rohstoffe beeinflussen hierbei nicht primär die Motivation der Akteure, sondern die Möglichkeit oder Gelegenheit zur Gewaltanwendung. Beobachtungen solcher Effekte führten zur Entwicklung der Konzepte »Kriegsökonomie«, »Gewaltmärkte« und der »Neuen Kriege« (Basedau 2009). Stätten der Ressourcenproduktion, Personal und Transportinfrastruktur sind bereits heute empfindliche Ziele für oppositionelle Parteien, die so den ökonomischen Nerv des Gegners treffen. Beispielsweise haben in Niger die Tuareg-Rebellen gezielt die Infrastruktur der Uranproduktion attackiert.

Aber Ressourcenkonflikte und Konflikte mit Ressourcen als Konfliktgegenstand äußern sich nicht nur in (inner-)staatlichen Krisen, gewaltsamen Auseinandersetzungen, internationalen Überwerfungen oder Autokratiemanifestationen – sie äußern sich auch in Sozial- und Naturkrisen (Sachs 2010). Denn die Verknappung von Ressourcen impliziert immer auch Begehren und Rivalitäten. Der Ausspruch, dass 25 % der Weltbevölkerung 75 % der Weltressourcen verbrauchen, trifft weitestgehend noch immer zu. Es rückt also vielmehr die Frage in den Vordergrund, an wen und wofür knappe Ressourcen verteilt und genutzt werden. Die Gefahr, dass Ungerechtigkeiten potenziert werden, besteht durchaus. Die durch Endlichkeit bedingten Rivalitäten führen zu weiterer sozialer Polarisierung. Die ökonomisch und politisch

mächtigen und einflussreichen Staaten werden sich das sichern, was an Ressourcen übrig ist. Benzinpreise werden steigen, Wasserquellen werden in Trockengebieten versiegen, Preise für Getreideimporte werden steigen und auch die Überfischung der Ozeane wird zunehmen. Dort wo es an legitime Formen der Konfliktregelung, sowohl auf internationaler oder sub-nationaler Ebene, fehlt, werden Ressourcenkonflikte zur sozialen Destabilisierung beitragen.

## 7. **Zweck, Ziel oder Mittel – Ein Ansatz zur systematischen Analyse von Ressourcenkonflikten?**

„Die Theorie soll eine Betrachtung und keine Lehre sein“ (Carl von Clausewitz 1980, S. 290). Der preußische General Carl von Clausewitz erfüllt dabei mit seiner Theorie *Vom Kriege* seine eigenen Ansprüche. Die realitätsorientierte Anwendung seines Werkes ermöglicht eine systematische Erfassung von Konfliktfaktoren und lässt sie problemlos in einen größeren Zusammenhang stellen. Die praktische Anwendung seiner Zweck-Ziel-Mittel-Relation und die Berücksichtigung der Friktionen, Wahrscheinlichkeiten und Zufällen hilft dabei, einen Konflikt aufzuarbeiten und zu ordnen. Aufgabe des Analytikers ist es, die drei Felder (Zweck-Ziel-Mittel) mit empirischen Daten zu füllen; die methodischen Schwierigkeiten steigen dabei von der Bestimmung der Mittel, über die Kriegsziele, bis hin zu den politischen Zwecken, die häufig nicht klar ausgesprochen werden. Deswegen kann das Modell auch dazu dienen, von konkreten, erfassbaren Mitteln auf Ziele und politische Zwecke zurück zu schließen und die Ergebnisse des Rückschlusses mit den geäußerten Zwecken zu vergleichen. Dadurch eignet sich die Theorie von Clausewitz besonders für die Analysen von Ressourcenkonflikten. Sie geht über einen reinen Faktencheck hinaus, kommt aber bei der Anwendung ohne komplexes Theoriekonstrukt aus.

Zum theoretischen Hintergrund: Im Zentrum der Kriegstheorie von Clausewitz steht die Relation von politischem Zweck, militärischen Zielen und angewandten kriegerischen Mitteln. Clausewitz geht davon aus, dass der Krieg ein „[...] wahres politisches Instrument ist, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln“ (Clausewitz 1980, S. 44). Seine Formulierungen zeigen, dass die Politik den Krieg als ein Instrument und Mittel außenpolitischer Handlungsmöglichkeiten einsetzt. Deshalb muss vor Beginn einer Konfliktuntersuchung die Frage beantwortet werden „was man [der untersuchte Akteur, eigene Anm.] mit und was man in demselben Krieg erreichen will, das erste ist der Zweck, das andere das Ziel“ (Clausewitz 1980, S. 651). Clausewitz definiert den Zweck des Krieges, als sein „ursprüngliches Motiv“ (Clausewitz 1980, S. 200).

Wenn also Rebellen Gruppen in Angola gewaltsam die Kontrolle über die Förderung von Diamanten erlangen wollen – ist dies ihr tatsächlicher Zweck oder ist das nur ein (Teil-) Ziel, um den weiteren Konflikt zu finanzieren, mit dem Zweck, die Macht im Zentralstaat zu erlangen. Wenn China die Kontrolle über die Senkaku-Inseln anstrebt, ist der Zweck dabei, neue Ressourcen zu erschließen, um den eigenen Energiehunger zu stillen oder ist der Zweck vielmehr in einem größeren Handlungsrahmen zu sehen, indem die Volksrepublik China die regionale Vorherrschaft anstrebt und der Konflikt nur ein Ziel zur Untermauerung dieses Anspruches ist?

Der Zweck ist dabei der Ausgangspunkt für die Ableitung der Ziele während des Konfliktes. Clausewitz unterscheidet so den politischen Zweck und die militärischen Ziele des Krieges voneinander. So zeigt er deutlich, dass militärische Konflikte nicht autonom gedacht



werden sollen, sondern in einem Abhängigkeitsverhältnis zu dem übergeordneten politischen Zweck stehen.

Clausewitz erweitert seine Annahmen ferner um realistische Bedingungen eines Raum-Zeit-Kontinuums (Beckmann 2008: S. 6). Sollen beispielsweise die Herrschaftsstruktur eines gegnerischen Staates verändert werden oder will die Konfliktpartei selbst an die Macht? Soll der eigene territoriale Einflussbereich ausgeweitet werden, beispielsweise durch eine Luftverteidigungszone oder die Ausweitung von Seegrenzen, oder soll das eigene Territorium vor Angriffen geschützt werden?

Auf Grundlage dieser Überlegungen, werden die konkreten Kriegsziele formuliert, mit denen der politische Zweck möglichst sicher zu realisieren ist (Beckmann 2008). Wie groß muss der Schaden sein, der meinen Gegner zum Einlenken bringt? Kann die Eroberung gegnerischer Territorien genügen, seinen Willen zu beugen? Derartige Überlegungen können auch aus Sicht des Verteidigers angestellt werden: Welche Schäden und Gebietsverluste müssen verhindert werden, um den Angriff abzuwehren?

Im Weiteren sind die Mittel zu bestimmen, die aufgebracht und genutzt werden müssen, um die Umsetzung der Ziele zu gewährleisten. Hier spielen solche Fragen eine Rolle: Welche und wie viele Truppen müssen mobilisiert und eingesetzt werden? In welchen Umfang muss die Bevölkerung von der Notwendigkeit des Krieges überzeugt werden?<sup>1</sup>

Bei der Realisierung dieser Ziele und Anwendung der Mittel kann es allerdings zu unplanmäßigen Ereignissen kommen. Clausewitz nennt diese – angelehnt an die Physik – ‚Friktionen‘ (Souchon 2012, S. 97). Darunter zu verstehen sind einzelne und mehrere Ereignisse und Umstände, welche den tatsächlichen Krieg von dem geplanten Krieg unterscheiden. Wie wirken sich neue Ölfunde auf mögliche Lieferbeziehungen aus? Ob und wie wurde Al-Qaida durch die Eliminierung von Osama Bin Laden geschwächt?

Die Theorie von Clausewitz besticht durch ihre Einfachheit, ohne anspruchlos zu sein. Je mehr empirische Daten zur Verfügung stehen, desto umfassender kann der Konflikt in seine Bestandteile zerlegt werden. Auf dieser Basis lassen sich Ansätze zur Problemlösung entwickeln und formulieren.

## 8. Fazit

Die Vereinten Nationen haben deutlich die enge Verknüpfung von bewaffneten Konflikten und Ressourcen artikuliert (vgl. UNEP 2009, S. 4). Denn wird die Konkurrenz um Ressourcen mit anderen Faktoren, wie etwa der innerstaatlichen Machtverteilung zwischen Führungseliten, dem Kampf um die regionale Vorherrschaft oder ideologischen motivierte Konflikten, verknüpft, dann nimmt auch das Eskalationsrisiko für gewaltsame Konflikte zu.

Für sich genommen entstehen Konflikte um Ressourcen selten aus einer reinen Verteilungs- und Zugangskonkurrenz. Besonders die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen stellt eine wesentliche Ursache für Konflikte dar und behindert langfristigen und nachhaltigen Frieden. Während einige Staaten vor allem das Recht einfordern über ihre Souveränität und damit verbunden auch ihre Ressourcen im staatlichen Interesse zu verfügen, betonen andere Staaten, dass die Degeneration von Ressourcen auch eine internationale Angelegenheit ist und in der Konsequenz auch ein international-koordinierter Ansatz für den Umgang mit Ressourcen notwendig sei.

---

<sup>1</sup> Für eine ausführliche Anwendung der Theorie siehe u. a. Rasmus Beckmann (2008).

Die vom HIIK verzeichneten Ressourcenkonflikte sind überwiegend innerstaatlicher Natur. Dabei kann sowohl der Mangel als auch der Reichtum an Rohstoffen Ursache oder Antrieb sein. Sie sind von zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen abzugrenzen, welche i. d. R. wenig bis kaum mit dem Einsatz von Gewalt ausgetragen werden. Hauptstreitpunkt ist die Verteilung knapper Ressourcen, wofür das Beispiel des Handelsstreits zwischen China auf der Angebotsseite und EU/USA auf der Nachfrageseite um Seltene Erden angeführt werden kann.

Die Gewaltwahrscheinlichkeit in Konflikten hängt dabei maßgeblich vom Rohstofftyp ab. Strategisch wichtige und global knappe Rohstoffe wie Erdöl erhöhen die Wahrscheinlichkeit eines Gewalteinsatzes eher als landwirtschaftliche Güter. Viele der bisherigen Konflikte wurden in ihrer Eskalation und in ihrem Verlauf durch die Verfügbarkeit oder das bloße Vorkommen von Rohstoffen beeinflusst. Die meisten dieser Konflikte waren oder sind regional begrenzt und nur eingeschränkt von internationalem Interesse. Vor allem für Erdöl- und Gas, aber auch andere Rohstoffe, wird das künftig nicht mehr gelten könnten. Die weltweite Streuung der Vorkommen auf wenige Hot-Spots der Förderung ist geeignet, internationale Konflikte auszulösen. Dies ist insbesondere für die Schlüssellressourcen Erdöl und Erdgas der Fall, die in der »Strategischen Ellipse« (Kaukasus, Mittlerer Osten, Afrika) vorkommen, aber vorrangig von westlichen Industriestaaten genutzt werden. Eine weltweite Verknappung von Erdöl ist ein systemisches Risiko, da durch seine vielseitige Nutzung praktisch jedes gesellschaftliche Subsystem von einer Knappheit betroffen sein wird. In der Konsequenz wird sich in Zukunft ein verstärktes internationales Interesse aus der Tatsache ergeben, dass mit der Verknappung eine geografische Konzentration der Lagerstätten und der Transportinfrastrukturen stattfindet wird. Dies impliziert auch geopolitische Machtverschiebung.

Ressourcenkonflikte prägen die internationalen Beziehungen schon heute. Ihre Verknappung und die damit verbunden politischen, ökonomischen und klimatischen Veränderungen haben nicht nur ein theoretisches Konfliktpotential. Der U. S. National Intelligence Council hat in seinem Bericht *Global Trends 2030* vernetzte Versorgungsrisiken als einen der weltweiten Megatrends beschrieben. Die Nachfrage nach Wasser, Energie und Nahrungsmitteln<sup>2</sup> werden im Jahr 2030 an die 50 % gestiegen sein. Dies wird zunehmend eine Verknappung von Ressourcen und Engpässe im Energiebereich nach sich ziehen. Die zunehmende Vernetzung von Ressourcen hat dabei wesentliche Ketteneffekte, wenn auch nur eine Ressource verknappt wird.<sup>3</sup> Die prognostizierten Folgen, Wassermangel, Nahrungsmittel- und Energiekrisen bedeuten eine ernstzunehmende Gefährdung gesellschaftlicher und politischer Stabilität – national, regional und international.

2 Die Vernetzung der Ressourcen Wasser, Energie und Nahrung wird auch Water-Energy-Food Security Nexus genannt (Beisheim 2013, S. 5).

3 Der Agrarsektor verbraucht ca. 70 % der globalen Süßwasservorkommen, für die Produktion von Nahrungsmitteln und den Anbau von Biomasse zur Energieerzeugung (Beisheim 2013, S. 5).



<http://www.springer.com/978-3-658-02752-0>

Handbuch Sicherheitsgefahren

Jäger, Th. (Hrsg.)

2015, X, 537 S., Hardcover

ISBN: 978-3-658-02752-0